

## Gentechfrei-Initiative

Die Gentechfrei-Initiative „für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft“ will, dass **während 5 Jahren** in der Schweizer Landwirtschaft **keine Pflanzen angebaut und keine Tiere gehalten** werden dürfen, die **gentechnisch verändert** sind.

Von dieser Denkpause erhoffen sich die Initianten Zeit zum Erforschen der Auswirkungen des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen.

### Die Argumente zur Ablehnung der Initiative:

- Die Initiative bietet keinen besseren Schutz als das bereits bestehende Gentechnikgesetz. Dieses schützt Mensch, Tier und Umwelt umfassend vor negativen Auswirkungen der Gentechnologie.
- Das Halten von gentechnisch veränderten Tieren ist bereits heute dauerhaft verboten.
- Soll eine gentechnisch veränderte Pflanze zugelassen werden, ist bereits heute ein umfangreiches Prüfverfahren notwendig. Da dieses mehrere Jahre dauern kann, ist ein Moratorium von fünf Jahren somit wirkungslos.
- Die Initiative schadet der Schweizer Forschung.
- Das Moratorium ist ein Verbot auf Zeit. Probleme werden nicht gelöst.
- Die Konsumenten können heute schon frei wählen. Gentechnisch veränderte Produkte müssen von den Produzenten und den Verkaufsläden klar gekennzeichnet werden.
- Bauern können schon heute freiwillig auf den Einsatz der Gentechnologie verzichten und dies auch so vermarkten.

### Argumente des Initiativkomitees für ein JA:

- „Gentechfrei“ ist ein Qualitätsbegriff für Schweizer Produkte.
- Die Schweizer Bauern wollen gentechfrei produzieren. Alle nationalen Landwirtschaftsorganisationen und zahlreiche andere sagen mit Überzeugung JA.
- Gentechfrei bewahrt die natürliche Vielfalt.
- Der Initiativtext betrifft nur den kommerziellen Anbau von Lebens- und Futtermitteln. Dieser lässt Gentech-Forschung im Labor und überwachte Freisetzungsversuche gemäss Gentechnikgesetz weiterhin zu.
- Die Schweizer Forschung kann fünf Jahre ohne Produktionsdruck weiter arbeiten. Eine Chance für die Forschung ist z.B. der nachhaltige Pflanzenbau, zu welchem es noch viel zu wenig Forschungsarbeiten gibt.
- In unserer kleinräumigen Landwirtschaft ist das Nebeneinander von herkömmlichen und Gentech-Kulturen so aufwändig, dass dies als unwirtschaftlich gilt (Grosse Sicherheitsabstände, langwierige Reinigung von Maschinen, Schutzmassnahmen und Spezialkontrollen bei Transport, Lagerung und Verkauf).

Die Delegierten der CVP haben folgendermassen entschieden:

CVP Schweiz: **Nein: 104**      Ja: 39      Enthaltungen: 14  
CVP Kt. Luzern: **Nein: 102**      Ja: 90      Enthaltungen: 6

## Öise Grossrot Kobi Lütolf



### Ein Ja zur Gentechfrei-Initiative.

Die Gegner der Initiative behaupten stets, diese sei unwahr und unnötig. Ich frage, was hier unwahr und unnötig sein soll, wenn man zu offenen Fragen, Antworten erwartet. Die Gegner der Gentechfrei-Initiative argumentieren stets, dass das bestehende Gentechnikgesetz bei weitem genüge, da die so genannte Koexistenz - das heisst das Nebeneinander von herkömmlichen und Gentech-Kulturen - geregelt sei. Doch das Gesetz umschreibt bloss das „Was“, aber nicht das „Wie“, wie es umgesetzt werden soll.

Dies wird in den Verordnungen umgesetzt, doch dazu gibt es ganz unterschiedliche Expertisen. So kommen diese zu ganz unterschiedlichen Schlüssen, was den Sicherheitsabstand zwischen den Kulturen betrifft. Z.B. Raps: eine Studie spricht von 600m, eine andere von 3 – 4 km Abstand! Falls die minimalen Abstände umgesetzt werden, ist zu befürchten, dass es zu einer schleichenden Vermischung zwischen herkömmlichen und Gentech-Kulturen kommen wird. Müsste jedoch eine viel grössere Sicherheitsdistanz eingeführt werden, ist dies kaum umsetzbar. Ebenso wenig ist die Frage der Kosten geklärt.

Sagt das Stimmvolk Nein zu dieser Initiative, so ist dies indirekt der Startschuss zu einem Vorhaben, dessen Ausgang noch völlig ungewiss ist.

Wird die Initiative aber angenommen, so ist die Forschung und der Gesetzgeber aufgerufen, innerhalb von fünf Jahren zu beweisen, dass diese Koexistenz in der Schweiz umsetzbar ist.

Gelingt dies, so soll das bisherige Gentech-Gesetz gelten. Ansonsten müsste sowieso wieder der politischen Weg eingeschlagen werden.

So gesehen ist die Gentechfrei-Initiative eine Art „Notausgang“... Also schlagen wir diese Türe nicht zu, bevor wir wissen, wohin uns der Weg führt. Dies sind wir unseren Nachkommen schuldig, denn wie heisst es doch in einem Sprichwort:

„Wir haben die Welt nicht von unseren Eltern geerbt, sondern nur von unseren Kindern ausgeliehen.“ *Jakob Lütolf*

## Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)

Diese Änderung des Arbeitsgesetzes betrifft die **Läden in Zentren des öffentlichen Verkehrs** (grössere Bahnhöfe und Flughäfen), **die an Sonntagen Personal beschäftigen**.

Nach heutigem Gesetz dürfen an Sonntagen nur diese Geschäfte Personal beschäftigen, welche Waren und Dienstleistungen anbieten, welche **Reisende benötigen** (z.B. Lebensmittel, Blumen oder Medikamente). Dies entspricht nicht mehr den heutigen Lebensgewohnheiten.

Mit der Annahme dürfen alle Geschäfte in Zentren des öffentlichen Verkehrs öffnen, unabhängig von Angebot und Verkaufsfläche. Grosse Bahnhöfe sind solche, welche einen grossen Reiseverkehr und eine hohe Umsteigekadenz aufweisen. Es wird ausgeschlossen, dass kleine Bahnstationen in Verkaufszentren umgewandelt werden. Der Arbeitnehmerschutz wird gewährleistet.

### Folgend die Argumente für ein JA:

- Zu einem attraktiven Bahnbetrieb gehören offene und belebte Bahnhöfe, welche durch ihre Kundenfrequenz sicherer sind.
- Reisende und Touristen unterstützen unsere Wirtschaft. In Flughäfen ist es wichtig, dass Passagiere und Touristen gute Einkaufsmöglichkeiten haben.
- Sicherung des Status quo – es bleibt wie es jetzt ist.
- Die bisherigen, bewährten Öffnungszeiten bleiben.
- Bei einem Nein stehen Arbeitsplätze auf dem Spiel: Rund 150 Geschäfte müssten am Sonntag schliessen, da die bisherige Ausnahmeregelung gemäss Bundesgerichtsentscheid verfällt!

Gegen diese Vorlage haben die Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Sie befürchten, dass der Sonntag längerfristig zu einem normalen Arbeitstag wird. **Folgend die Argumente für ein NEIN:**

- Den Sonntag als Ruhe- und Feiertag erhalten.
- Den Sonntag für die Familie erhalten.
- Das Geld, welches bereits am Sonntag ausgegeben wird, wird am Montag nicht mehr ausgegeben.
- Verdrängungskampf zugunsten der Grossverteiler und Ladenketten und zulasten der kleineren Läden im Quartier und der Agglomeration.
- Medikamente, Lebensmittel und andere wichtige Produkte sollen in Bahnhöfen und Flughäfen weiterhin verkauft werden können. Es ist aber nicht nötig, am Sonntag neue Kleider oder eine neue Lampe zu kaufen.
- Wird der Sonntag in Bahnhöfen und Flughäfen zur Regelarbeitszeit, wächst der wirtschaftliche Druck auf die Gewerbetreibenden ausserhalb dieser Zentren.

Die Delegierten der CVP haben folgendermassen entschieden:

CVP Schweiz: **Ja: 122**      Nein: 9      Enthaltungen 7  
CVP Kt. Luzern: Ja: 77      **Nein: 121**

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ladenöffnungszeiten im Kanton Luzern machten die Kantonalen Delegierten mit ihrem Nein deutlich, dass die Geschäfte an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich geschlossen bleiben sollen.

## Öise Grossrot Kobi Lütolf



### Nachhaltige Politik?

Die Reform 06 stand von Anfang an unter einem schlechten Stern. Schon bei der Präsentation sprachen alle von Schliessungen und nachher wollte niemand mehr Verantwortung übernehmen. Das Thema wurde herumgereicht wie eine heisse Kartoffel, an der sich keiner die Finger verbrennen wollte.

Eigentlich auch verständlich, beinhalteten die vorgeschlagenen Prüfungen sehr heikle Themen, bei denen man sich keine Freunde machen konnte, was auf die nächsten Wahlen hin nicht von Vorteil ist.

Ähnlich verlief später auch die Debatte im Grosse Rat. So wurde die Prüfung der heiklen Themen alle abgelehnt (Spital Wolhusen, Kanti Beromünster, Naturmuseum, Zahl der Ämter).

In der Bevölkerung wurden diese Entscheide mit grossem Wohlwollen aufgenommen. Doch ob die Verweigerung der Überprüfung auch mittel- und längerfristig richtig ist?

Die Gegner argumentierten, es sei nicht haltbar, die Angestellten dieser Institutionen über eine längere Zeit einer grossen Unsicherheit auszusetzen. Doch im Fall des Spitals Wolhusen wird diese Unsicherheit noch viel länger andauern, stehen doch in nächster Zeit der Planungsbericht über die Gesundheitsversorgung im Kanton Luzern und das Spitalgesetz zur Debatte. Denn spätestens wenn es um die Gewährung des Baukredits für das Spital in der Grösse von 60 Mio. Franken gehen wird, werden wieder die selben Fragen aufgeworfen, dessen Überprüfung man verweigerte.

Ähnlich sieht es bei der Überprüfung der Kanti Beromünster aus. Mit der Einführung des Niveaus A auf der Sekstufe I, sowie den stark rückläufigen Schülerzahlen auf der Primarstufe, ist absehbar, dass es in 5 bis 6 Jahren auch viel weniger Kanti-Schüler geben wird. Da bei den Luzerner Berufsschulen ebenfalls Investitionen anstehen, hätte es sicherlich Sinn gemacht, in einer Gesamtschau aufzuzeigen, wo sich welche Investitionen lohnen, um einer ganzen Region eine Perspektive für die Zukunft ermöglichen zu können.

Doch eine Mehrheit des Rates war auch hier nicht gewillt, solch „heisse Eisen“ anzupacken, da sich dieses Problem aufgrund der sinkenden Schülerzahl vielleicht automatisch lösen könnte..., leider mit dem kleinen Schönheitsfehler, dass dann die passenden Alternativen fehlen!

Es ist mir schon klar, dass es auch in der Politik nicht die absolute Wahrheit gibt. Stets spielen auch Ideologien, sowie Regional- und Eigeninteressen mit.

Doch manchmal wünschte ich mir, dass man mehr den Mut aufbringt, (momentan) unliebsame, weniger populäre Entscheide zu fällen. Dies im Sinne einer nachhaltigen Politik!

*Jakob Lütolf*